

# Klares Votum für Werkstraße

## Einschränkungen für Anwohner durch Abfederungsmaßnahmen zumutbar

Von Melanie Russ

**RAHDEN** • Nach rund zwei Jahren zum Teil sehr kontroverser Debatten hat der Rahdener Rat gestern Abend mit großer Mehrheit dafür votiert, das Verfahren zur Umwandlung der Gemeindefstraße „Auf der Welle“ zwischen „Weher Straße“ und „Lange Reihe“ in eine Werkstraße zu starten. Einen entsprechenden Antrag hatte die Firma Meier Guss gestellt. Bürgermeister Dr. Bert Honsel hatte vor der Abstimmung betont, dass mit einem positiven Votum lediglich das Verfahren gestartet, eine Einziehung der Gemeindefstraße aber noch nicht beschlossen werde.

Im Januar oder Februar sollen alle Interessierten in einer öffentlichen Veranstaltung detailliert über die Maßnahme informiert werden. Gleichzeitig sollen mit den Anliegern der Straßen „Lange Reihe“ und „Stellerloh“ sowie der Firma Meier Guss Möglichkeiten zur Optimierung der Verkehrssituation in diesen Bereichen erarbeitet werden. Unter anderem soll sichergestellt sein, dass die Anwohner

beider Straßen nicht für dortige Maßnahmen zur Verkehrsregelung zahlen müssen. Schwerlastverkehr soll nur über die „Weher Straße“ zulässig sein und es soll ein Radweg eingerichtet werden, der den künftig zu fahrenden Umweg deutlich verkürzt.

Die Mehrheit der Ratsmitglieder bewertete die Einschränkungen für die Anwohner von „Langer Reihe“ und „Stellerloh“ unter den genannten Bedingungen als zumutbar. „Es ist leider so, dass ein paar Bürger dadurch Nachteile haben“, sagte Gundel Schmidt-Tschech (UfR), die zugleich bezweifelte, dass die Nachteile tatsächlich so groß sind. Aus ihrer Sicht muss in diesem Fall das Wohl weniger hinter dem Allgemeinwohl zurückstehen. „Wir haben Polipol und einigen kleineren Firmen in der Vergangenheit falsche Signale gesendet“, erinnerte sie an deren Abwanderung aus Rahden. Die Stadt könne es sich nicht leisten, noch mehr Firmen zu vergrätzen.

Auch die FDP teilt die Einschätzung der Verwaltung,

dass Meier Guss ein systemrelevantes Unternehmen ist. Fraktionschef Hans-Eckhard Meyer ist zuversichtlich, dass im Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern eine Lösung für viele Betroffene gefunden werden wird. CDU und mehrheitlich die FWG sahen ebenfalls die Notwendigkeit für eine Werkstraße.

SPD-Fraktionschef Friedrich Schepsmeier erinnerte an die rund 250 Arbeitsplätze, die das Unternehmen stellt. „Das ist für mich als Sozialdemokrat sehr wichtig.“ Zudem zahle das Unternehmen Gewerbesteuer, die allen Rahdener Bürgern zugute komme, plädierte er dafür, dessen Verbleib in Rahden sicherzustellen. Schepsmeier verwies zudem auf die genannten Abfederungsmaßnahmen und eine nach seiner Einschätzung belastbare Erklärung der Firma Meier, ihre Produktion modernisieren, aber nicht ausweiten zu wollen. Letztere Hinweise richtete er auch an seine Parteikollegin Marion Spreen, die sich erneut vehement gegen den Verfahrensstart wehrte.

Spreen bestritt nicht, dass das Unternehmen wichtig für Rahden ist. Sie wünscht sich aber, dass im Vorfeld stärker auf die Belange der Anwohner eingegangen wird. Die Sozialdemokratin verwies in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Gießen. Das betreffe aber Anlieger, die direkt an der einzuziehenden Straße wohnten, schränkte Honsel ein. Die Anwohner von „Langer Straße“ und „Stellerloh“ seien in rechtlchem Sinn keine Anlieger.

Spreen plädierte für eine viermonatige Testphase, um Veränderungen der Verkehrsströme messen zu können. „Wir haben jetzt nur theoretische Zahlen. Wir haben keine klare Aussage, was eigentlich passieren wird.“ Außerdem wünscht sie sich von Meier Guss eine Verpflichtungserklärung, dass in den nächsten 20 Jahren keine Ausweitung der Produktion geplant ist. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmte sie nicht zu, ebenso wie Birgit Korte (SPD) und Monika Staubach (FWG).

DHKB 23.12.2016